

Peace to Prosperity – Der US-amerikanische Wirtschafts- fahrplan für den Nahen Osten

ELNET Briefing, 26.07.2019

Wirtschaftskonferenz in Bahrain

Vom 25.-26. Juni fand in Manama, der Hauptstadt Bahrains, die „Peace to Prosperity“ Wirtschaftskonferenz statt. Im Laufe der zweitägigen Konferenz enthüllte Jared Kushner, Chef-Berater und Schwiegersohn von US-Präsident Donald Trump, die erste Hälfte eines neuen Friedensplans für den Nahen Osten. Das Publikum bestand hauptsächlich aus internationalen Diplomaten und Unternehmern. Vertreter der israelischen und palästinensischen Regierungen waren nicht anwesend.

Ziel der Konferenz war es, so Kushner, eine Plattform zu schaffen, um in internationaler Runde über verschiedene Szenarien des wirtschaftlichen Aufschwungs in den palästinensischen Gebieten zu diskutieren. Dabei sei besonders wichtig, bestehende Herausforderungen aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten und konkrete Pläne zu entwickeln, um diese anzugehen. Kushner forderte die Besucher auf, sich eine neue Realität im Nahen Osten vorzustellen – ein „Neuer Naher Osten“, in dem das Westjordanland und der Gazastreifen Zentren des Tourismus seien und in dem es freie und sichere Grenzübergänge für Menschen und Güter gebe, sodass die Region wirtschaftlich und gesellschaftlich florieren könne. Mit diesem „economy first“ Ansatz versucht die Trump-Administration, neue Anreize und Voraussetzungen für einen nachhaltigen Frieden im Nahen Osten zu schaffen.

Die Schirmherrschaft der Konferenz übernahmen neben Jared Kushner auch der Nahost-Gesandte der USA, Jason D. Greenblatt, US-Finanzminister Steven Mnuchin sowie Vertreter mehrerer arabischer Staaten, darunter Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Ägypten, Jordanien, Bahrain, Katar und Marokko. Israel wurde durch mehrere Unternehmer und Geschäftsleute vertreten, darunter der kanadisch-israelische Multimilliardär Sylvan Adams, der ehemalige Koordinator der Israel Defense Forces für Regierungstätigkeiten im Westjordanland, Yoav Mordechai, der Direktor des Sheba Medical Center, Yitshak Kreiss, sowie der Direktor von Nokia für den Mittelmeerraum. Obwohl Israel und Bahrain keine offiziellen diplomatischen Beziehungen unterhalten, wurde sechs israelischen Medien der Zugang zur Konferenz gewährt.

Unter den Hauptrednern der Konferenz befanden sich der ehemalige britische Premierminister Tony Blair; die Präsidentin des IMF Christine Lagarde; sowie der FIFA-Präsident Gianni Infantino. Die Nahost-Gesandte der Europäischen Union, Susanna Terstal, hatte noch kurz vor der Konferenz ihre Teilnahme bekannt gegeben. Obwohl Russland wie auch China im Vorfeld angekündigt hatte, der Konferenz nicht beizuwohnen, wurden dennoch mehrere Vertreter der Verwaltungen entsandt.

Die Vermittlungsversuche der Trump-Administration werden dadurch erschwert, dass die palästinensische Führung die USA seit ihrer Anerkennung Jerusalems als offizielle Hauptstadt Israels nicht mehr als Friedensvermittler im Konflikt akzeptiert. Ein Sprecher von Präsident Mahmoud Abbas bezeichnete die Konferenz als „Totgeburt“ und erklärte, dass es keine Lösung des Konflikts ohne die Arabische Friedensinitiative geben könne.

Dennoch fanden sich rund fünfzehn palästinensische Unternehmer auf der Konferenz ein, darunter Ashraf Jabari, ein palästinensischer Geschäftsmann aus Hebron, der als einziger palästinensischer Redner vor dem Publikum auftrat.

Einige Stunden vor Beginn der Konferenz fanden sich in Israel der russische und amerikanische Sicherheitsberater zu einem trilateralen Gespräch ein. Schwerpunkt des Treffens waren die Rolle des Iran sowie die Situation in Syrien.

Gleichzeitig fanden im Gazastreifen mehrere gewalttätige Proteste statt, bei denen laut örtlicher Behörden 12 Menschen verletzt wurden.

Die Vision „Peace to Prosperity“

Der wirtschaftliche Teil des US-Friedensplans ist ein 140-seitiges Dokument, in dem Investitionen von insgesamt 50 Milliarden Dollar über einen Zeitraum von 10 Jahren skizziert werden. Mehr als die Hälfte der Summe soll dabei direkt in die Palästinensischen Autonomiegebiete investiert werden. Der Rest soll an die Nachbarländer Ägypten, Jordanien und den Libanon verteilt werden. Teile des Geldes sollen dabei für den Aufbau der ägyptischen Sinai Halbinsel verwendet werden und somit die palästinensische Bevölkerung des angrenzenden Gazastreifens indirekt unterstützen.

Mithilfe eines internationalen Fonds soll das zur Verfügung gestellte Geld verwaltet werden. Laut US-Administration soll sich das Bruttoinlandsprodukt der Palästinenser durch die Investitionen verdoppeln, über eine Millionen Jobs geschaffen sowie Armuts- und Arbeitslosenrate jeweils um die Hälfte gesenkt werden. Der Plan beinhaltet 179 Entwicklungsprogramme, unter anderem für die Bereiche Infrastruktur, Wasser- und Stromversorgung, Telekommunikation, Tourismus, Gesundheitseinrichtungen und Dienstleistungen. Speziell sieht der Plan fünf Milliarden Dollar für die Errichtung eines Verbindungskorridors zwischen dem Gazastreifen und dem Westjordanland vor sowie ein weiteres milliardenschweres Paket zum Aufbau der palästinensischen Tourismusindustrie, zur Entwicklung der palästinensischen High-Tech Branche, zur Erbauung mehrerer Wasser- und Elektrizitätswerke sowie zur Schaffung neuer Industriegebiete in den Autonomiegebieten.

US-Vertretern zufolge werden sich die Golfstaaten und europäischen Länder eher auf finanzielle Investitionen in den palästinensischen Gebieten einlassen, wenn sie diese als realistisch und durchsetzbar ansehen. Die US-Regierung erwartet, dass rund 15 Milliarden Dollar der benötigten Summe aus Subventionen, 25 Milliarden Dollar aus vergünstigten Krediten und der Rest durch private Investitionen finanziert werden.

Die nächsten Schritte

Mit der Wirtschaftskonferenz erhofft sich die Trump-Administration, breite Unterstützung europäischer und arabischer Staaten zu erhalten, um anschließend den politischen und wohl umstritteneren Teil des Plans zu veröffentlichen. Dieser wird sich mit den sogenannten „final-status issues“ beschäftigen, darunter die Festlegung der endgültigen Grenzen beider Staaten, dem Status Jerusalems, die Frage der palästinensischen Flüchtlinge sowie die Zukunft israelischer Siedlungen in den palästinensischen Gebieten. Laut Angaben der US-Regierung soll der politische Teil des Friedensplans erst nach den israelischen Knessetwahlen im September veröffentlicht werden. Ein genaues Datum wurde noch nicht festgelegt.

Während bei der Wirtschaftskonferenz eine Reihe konkreter Projekte zur Förderung der palästinensischen Wirtschaft vorgestellt worden sind, ist deren Umsetzung ohne begleitende politische Komponente jedoch unwahrscheinlich. Zur Implementierung der Projekte müssten vor allem sicherheitspolitische Aspekte sowie Maßnahme zur Verhinderung von Korruption geklärt und geschaffen werden.

Dennoch scheint es, als habe die Konferenz in Bahrain zumindest einen neuen Anstoß zur Normalisierung der arabisch-israelischen Beziehungen geliefert. Einige Medien berichteten über inoffizielle Treffen zwischen Vertretern von arabischen Ländern und israelischen Konferenzbesuchern. Obgleich der überwiegenden Skepsis, äußerten sich einige Besucher hoffnungsvoll, dass die vorläufigen Schritte der US-Administration zur Stabilität des Nahen Ostens, insbesondere des Gazastreifens und des Westjordanlands, beitragen könnten.

Falls die US-Regierung es schaffen sollte, weitere regionale Akteure in den Friedensplan einzubeziehen, könnte dies den Weg für erneute Gespräche mit den Palästinensern ebnen. Viele Experten betonten zudem, dass insbesondere die Reaktion der europäischen Länder ausschlaggebend für den weiteren Verlauf der Friedensinitiative sei. Letztendlich seien es aber die Palästinenser, die sich dem Plan öffnen müssten und ohne die eine Lösung des Konflikts nicht möglich sei.